

Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.)

## **Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 1993**

an der Hochschule St. Gallen

Prof. Dr. Erich Streissler

# **UNMÖGLICHKEIT UND NOTWENDIGKEIT DER WIRTSCHAFTSPOLITIK ALS BLEIBENDES DILEMMA**

St. Gallen, Juli 1993

## Walter Adolf Jöhr-Vorlesung an der Hochschule St. Gallen



*Walter Adolf Jöhr*

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen finden seit 1988 in jährlichem Abstand an der Hochschule St. Gallen statt. Ins Leben gerufen wurde diese Vortragsreihe zu Ehren von Professor Dr. Walter Adolf Jöhr (1910 - 1987), der von 1937 an fünfzig Jahre lang an der Hochschule St. Gallen wirkte. Als Rektor nahm Professor Jöhr in den Jahren 1957 bis 1963 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Hochschule. Die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG wurde von Professor Jöhr gegründet und massgeblich geprägt. Dem Wissenschaftler Walter Adolf Jöhr haben wir verschiedene bahnbrechende Publikationen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre zu verdanken.

Herausgeberin: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie  
an der Universität St. Gallen  
Dufourstrasse 48, CH-9000 St. Gallen  
Tel. +41 (0)71 224 23 00  
Fax +41 (0)71 224 26 46

Auflage: 1000

Copyright: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie,  
Juli 1993

# UNMÖGLICHKEIT UND NOTWENDIGKEIT DER WIRTSCHAFTSPOLITIK ALS BLEIBENDES DILEMMA

Erich W. STREISSLER - WIEN\*

## I

"Die sozialistische Bewegung befindet sich gegenwärtig unverkennbar in einer akuten geistigen Krise".<sup>1</sup> Ich würde es natürlich nicht wagen, mit einer so offensichtlich richtigen Trivialität einen Fachvortrag vor einer bedeutenden Universität zu beginnen, wenn dieser Vortrag nicht die Walter-Adolf-JÖHR--Vorlesung wäre. Denn der Satz "die sozialistische Bewegung befindet sich gegenwärtig unverkennbar in einer akuten geistigen Krise" ist der erste Satz, mit dem Walter Adolf JÖHR bereits 1948 (!) sein bekanntes Werk "Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?" einleitete. JÖHR erkannte also schon 1948 die Unhaltbarkeit einer sozialistischen "Planwirtschaft"; und heute ist das nur für uns alle umso offenkundiger geworden. Heute ist der Sozialismus nicht mehr nur in einer akuten Krise: Die Krise hat einen letalen Ausgang genommen, der Sozialismus ist tot oder zumindestens scheinot, solange schlafend, bis neue Generationen wieder hinreichend viel verlernt haben. Friedrich August von HAYEK, der im Vorjahr verstorbene englische Nobelpreisträger, hatte sich noch etwas früher als JÖHR mit dem Problem des Sozialismus auseinandergesetzt. Er betonte aber auch, daß jede den Marktprozeß außer Kraft setzende Wirtschaftspolitik im Grunde Sozialismus sei,

---

\* Walter Adolf JÖHR - Vorlesung 1993, gehalten an der Hochschule St. Gallen am 4. Juni 1993.

qualitativ dasselbe, wenn freilich nicht mit gleicher Intensität wirkend. Der Zusammenbruch, die Unmöglichkeit des Sozialismus verkündet daher auch aller Welt die Unmöglichkeit eines guten Teiles schlechthin der Wirtschaftspolitik. Und entspricht nicht ein solches Versagen von Wirtschaftspolitik ebenfalls unserer Erfahrung im Zuge der 45 Jahre, die verfließen sind, seitdem JÖHR über Sozialismus schrieb? Sind nicht unzählige wirtschaftspolitische Anstrengungen restlos daneben gegangen; und umso mehr, je größer die Zahl wirtschaftspolitischer Eingriffe, die in einem bestimmten Land versucht wurden? Sind wir nicht immer wieder in unseren Hoffnungen enttäuscht worden?

Dabei hatten es doch die sozialistischen Bewegungen, oder sagen wir es anders, dabei hatten es doch unzählige sozialistische Idealisten so gut gemeint! Sie hatten auf Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit hingewiesen. All dies schien vielen um Besserung zum Himmel zu schreien. So viele wirtschaftliche und soziale Umstände gab es, die in den Augen einer großen Zahl von Bürgern Abhilfe dringend notwendig machten. Wirtschaftspolitische Eingriffe waren notwendig, also, so meinte man, mußten sie gesetzt werden. Der Mensch schien aufgerufen, seine Gesellschaft umzuschaffen! Aber kann er das, das heißt, kann er es bewußt und gezielt? Wer sagt, daß das, was notwendig ist, auch möglich ist? "Nun wohlan, was muß, geschehe!"<sup>2</sup> ist ein Dichterwort, das nur für die Handlung des Einzelmenschen gilt. Todesmutig, wie Winkelried, in der Schlacht sterben, ist nämlich, so schwer es auch ist, noch immer leichter, als zum Beispiel eine zielführende Umweltpolitik betreiben. Es ist die Überheblichkeit des fortschrittsgläubigen modernen Prometheus, zu glauben, daß er alles, was er will, auch vermag. Letztlich, vergessen Sie es nicht, scheiterte auch Faust, dieses Urbild des unermüdlich strebenden Menschen. "Die Anwendung der Vernunft auf immer weitere Lebensbereiche, insbesondere in Gestalt der sich frei entwickelnden Wissenschaften, erschien als Garant einer Weiter- und Höherentwicklung der

Menschheit",<sup>3</sup> beschrieb JÖHR 1963, vor genau dreißig Jahren bei der Einweihung des Gebäudes, in dem wir uns befinden, diesen Fortschrittsglauben. Heute sind wir, wohl mit Recht, gegenüber solchen Vernunftverheißungen skeptischer geworden.

JÖHR begann damals seine Festrede zur Einweihung der neuen Gebäude der Hochschule St. Gallen mit folgenden Worten: "In seiner Kirchen- und Schulgeschichte entwirft Hans Martin STÜCKELBERGER ein treffendes Bild des geistigen Lebens, wie es uns im 17. Jahrhundert in der Stadt St. Gallen begegnet." In einem zusammenfassenden Abschnitt 'Vom Geist der Zeit' schreibt er: "Wir haben gesehen, wie oft die ganze Weisheit der Obrigkeit sich darin erschöpft hat, am Herkömmlichen und Bisherigen, an Sprüchen und Verträgen festzuhalten, auf daß es dabei sein Bewenden haben möge. In dieser einfachen Maxime schien den Stadtvätern von Anno dazumal das zuverlässigste Heilmittel für alle Konflikte zu liegen ... Wie es denn also vordem immer gewesen war, so sollte es auch in der Zukunft weitergehen, und indem man ihrer sicher zu sein glaubte, empfand man völlig unbewußt die Behaglichkeit eines solchen Zustandes".<sup>4</sup> JÖHR belächelt diese unintellektuelle wirtschaftspolitische Unbeweglichkeit, wenn freilich halb wehmütig im Hinblick auf die ihm wohlbekannten Lasten jedes modernen wirtschaftspolitischen Aktivismus.

Heute, dreißig Jahre später, frage ich Sie: Taten die St. Galler Stadtväter des 17. Jahrhunderts nicht vielmehr gut daran, wirtschaftspolitische Enthaltensamkeit zu üben? Waren sie nicht vielleicht weiser als viele von uns, indem sie sich des Risikos wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen voll bewußt waren? Hatten sie nicht richtig erkannt, daß keine Politik betreiben besser sein kann als die falsche zu wählen? Waren sie vielleicht sogar kluge evolutorische Wirtschaftspolitiker, die sich sagten, viel spricht für das, was sich bereits bewährt hat? Freilich spricht viel für den Status quo nur dann, wenn man sich

der "Behaglichkeit eines (gegenwärtigen) Zustandes .. sicher" fühlen kann. Um andererseits nicht Regungen eines blinden Konservatismus in Ihnen zu nähren, will ich freimütig bekennen, daß ich nicht glaube, daß sich die Schweiz gegenwärtig der "Behaglichkeit (ihres) Zustandes sicher" fühlen kann. Ein neuer Dreißigjähriger Krieg tobt durch Europa, und ist er auch nicht blutig, sondern wirtschaftlich, so stellt er doch vor nicht minder schwierige gesellschaftliche Entscheidungen als der des 17. Jahrhunderts.

## II

Aber zurück zum 17. Jahrhundert, und zwar nach England, dessen Geistesgeschichte dieser Epoche Europa so nachhaltig prägte. Unmöglichkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik, das ist eine der fundamentalen Auseinandersetzungen in der Staats- und Gesellschaftstheorie des englischen 17. und 18. Jahrhunderts.<sup>5</sup> Und da die Nationalökonomie nichts anderes ist als die Wissenschaft gewordene englische und schottische Staatsphilosophie dieser Periode,<sup>6</sup> ist Unmöglichkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik der bleibende Grundkonflikt politikbezogenen ökonomischen Denkens. Weil England, ein bislang unbedeutender kleiner Staat zum Erstaunen Europas den Spanischen Erbfolgekrieg gewann und dann, nach zahlreichen großen Erfolgen und nur wenigen Rückschlägen während des 18. Jahrhunderts, auch noch Napoleon und die "Grande Nation" bezwang, wurde die englische Staatsordnung zum Muster für Europa und die zentrale englische Staatswissenschaft, die Nationalökonomie, zur Wissenschaft seiner gesellschaftlichen Erneuerung.<sup>7</sup> Die Umwälzungen der Jahre 1989 bis 1991, oder, wenn wir gleich das Wort gerade des englischen 17. Jahrhunderts verwenden, die "Revolutionen"<sup>8</sup> von 1989 bis 1991, haben nach Meinung vieler gezeigt, daß allein die im modernen Sinne aus der englisch-schottischen Gesellschaftstheorie entwickelte Demokratie als Staatsform und allein die Marktwirtschaft

als ökonomische Ordnung langfristig überlebensfähig seien. Diese Lehre müssen die Länder Ostmittel- und Osteuropas ziehen, sie ist Erfolg geworden in den Sprößlingen "westlicher" Wirtschaftsauffassung in Südostasien, allen voran Japan, und sie wird nunmehr beherzigt in einem sich neu gestaltenden Südamerika. Der Kontrast zwischen Unmöglichkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik ist somit von einem Problem "westlicher" Gesellschaftsphilosophie zu einer globalen Frage geworden.

Wenn ich hier von Wirtschaftspolitik rede, so meine ich im engeren Sinne die rationale Verfolgung von Zielen des Staates, und zwar vor allem eine solche im Wege des administrativen Einsatzes seiner hoheitlichen Zwangsgewalt.

Allenthalben gibt es natürlich wirtschaftspolitisch deutbare Zuckungen des Staatskörpers. Aber wie man es nicht Zielschießen nennen kann, wenn ein blinder Schütze wild herumfeuert und dabei gelegentlich sogar eine Zielscheibe trifft, so kann man auch nicht jede wirtschaftsrelevante Staatstätigkeit schon Wirtschaftspolitik nennen.

Spricht man von Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik in diesem Sinne, dann leugnet man natürlich auch nicht, daß der Staat Einfluß ausüben kann, indem er das tut, was jeder Private auch tun darf:<sup>9</sup> zum Beispiel auf den Finanzmärkten in großen Mengen Devisen kaufen und damit den Wechselkurs beeinflussen. Daß der staatliche Ankauf ausländischer Währungen auch nichts anderes ist als das, was alle privaten Wirtschaftstreibenden tun dürfen, erlebte der britische Schatzkanzler Norman LAMONT am 16. September 1992, als er innerhalb eines Tages die Hälfte der englischen Währungsreserven verlor. Und daß er sich in der staatlich erwünschten Wechselkursfestsetzung nicht gegen die privaten Akteure auf den Kapitalmärkten durchsetzen konnte, wußte er am Abend desselben Tages. Die häufige Ohnmacht des Staates auch in privatwirtschaftlichem Handeln ist eine Form der Unmöglichkeit von



Wirtschaftspolitik. Und noch offenkundiger wird diese bei vielen hoheitlichen Akten. Der Befehl an die Kapitalmärkte, es werde in ihnen ein Wechselkurs, ist müßig. Nur Gott sprach, und es ward!<sup>10</sup>

### III

Nicht der Ruf nach der Notwendigkeit, sondern die Erkenntnis der Unmöglichkeit von Wirtschaftspolitik kennzeichnet die Anfänge der Nationalökonomie. Anlaß bot vor 370 Jahren fast dasselbe Problem mit dem Wechselkurs des Pfund Sterling wie das des heutigen Schatzkanzlers LAMONT. England erlebte 1621-25 eine schwere Depression,<sup>11</sup> ausgelöst durch den schlagartigen Abfall der Nachfrage nach seinem Hauptexportartikel, Tuch, unter anderem infolge des Kriegsausbruchs in den Niederlanden und am Rhein.<sup>12</sup> Das Handelsbilanzdefizit führte zu einem Wechselkursverfall des Pfundes. Und nun schlug MALYNES vor, der König möge einen Devisenzwangskurs einführen, als Ausdruck seiner Souveränität und seiner Erkenntnis wahrer Werte.<sup>13</sup> MISSELDEN<sup>14</sup> und MUN<sup>15</sup> erkannten jedoch, daß eine solche staatliche Preisverordnung unwirksam sein würde, eine wirtschaftspolitische Unmöglichkeit.

Ein zweiter, ähnlich gelagerter Anlaßfall waren wiederholte Versuche, durch Verordnung niedrige Zinssätze anzubefehlen.<sup>16</sup> Aber wiederum war ja einerseits niemand gezwungen, überhaupt Kredite zu gewähren; und es gab andererseits unzählige Umgehungs- und Zinsverschleierungsgeschäfte. Die wirtschaftspolitische Zwangsmaßnahme war ineffektiv, unmöglich, ja schädlich.<sup>17</sup> Und auch diesmal mutet uns das Problem höchst bekannt an, klagt doch halb Europa heute, die Deutsche Bundesbank treibe die Zinssätze in die Höhe, und verlangt, sie möge sie senken, ohne freilich zu fragen, wieweit sie dies auch könne.<sup>18</sup> Wenig hat sich in den letzten 370 Jahren geändert.

Die Unmöglichkeit eines Devisenzwangskurses oder einer zwangsweisen Zinsreduktion, jeweils in bestimmten Umständen, wären lediglich peinliche Einzelfälle geblieben, hätte sie nicht Thomas MUN gesellschaftstheoretisch generalisierend gedeutet.<sup>19</sup> Sein Buch, "England's Treasure by Forraign Trade", wohl 1623 geschrieben,<sup>20</sup> ist das paradigmatische<sup>21</sup> Werk des englischen Merkantilismus,<sup>22</sup> so daß es erstaunlich erscheinen mag, daß gerade auf ihn im Ansatz das Unmöglichkeitstheorem staatlicher Wirtschaftspolitik zurückgeht, gilt doch der Merkantilismus gerade als frühe Verkörperung staatlichen Aktionismus. Bei genauerer Lektüre erweist sich jedoch sein Werk als Plädoyer für eine andere Wirtschaftspolitik ohne hoheitliche Zwangsmaßnahmen,<sup>23</sup> eben weil soviel befehlende Wirtschaftspolitik unwirksam ist. Die tieferen gesellschaftsphilosophischen Gründe hinter dieser Unwirksamkeit und Unmöglichkeit formten sich in den nächsten 150 Jahren zu einer allgemeinen Theorie.

MUN nennt viermal in seinem Werk eine Wirtschaftspolitik "not only fruitless but hurtful",<sup>24</sup> also nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich. Nutzlos, unwirksam ist sie bezüglich des angestrebten Zieles, das verfehlt wird. Das ist die erste von zwei ganz verschiedenen Unmöglichkeiten, nämlich Unwirksamkeit aufgrund staatlicher Machtlosigkeit. Schädlich ist hingegen die Wirtschaftspolitik aufgrund unbedachter Nebenwirkungen, die sich, bezogen auf gesellschaftspolitische Ziele, negativ auswirken. Das ist die zweite Art der Unmöglichkeit zielführender Wirtschaftspolitik: infolge fehlender Information der staatlichen Entscheidungsträger. Diese zweite, noch tiefer gründende Unmöglichkeit wurde von Adam SMITH postuliert und von Friedrich August von HAYEK in nobelpreisgekrönter Weise herausgearbeitet.

## IV

Die fundierte These von der Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik ist politisch gesehen Whig-Tradition, siegreich im englischen 18. Jahrhundert. Ihr ist die Nationalökonomie besonders verhaftet, die in mehr als einem Sinne "a liberal art", eine liberale Wissenschaft ist. Die patriarchalische Tradition der Stuarts hingegen betonte die Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik. Und diese Notwendigkeit wurde Mitte des 18. Jahrhunderts von dem Parteigänger des aus Großbritannien vertriebenen Hauses Stuart, Sir James STEUART,<sup>25</sup> wissenschaftlich artikuliert. STEUART war der Auffassung, es bedürfe der unermüdlichen Anstrengung des "statesman", immer wieder wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen.<sup>26</sup> Und Gleichgewicht - der Begriff stammt in den Wirtschaftswissenschaften von ihm<sup>27</sup> - sei nicht schon erreicht, wenn Angebot und Nachfrage zum Ausgleich kommen, sondern vielmehr erst dann, wenn alle Einkommen die erwarteten seien, also Marktgleichgewicht bei Normal-einkommen herrsche.<sup>28</sup> Auch diese Analyse ist höchst aktuell. Denn die zur Marktwirtschaft übergehenden osteuropäischen Länder erleben gewaltige und unerwartete Verschiebungen der Einkommensverteilung, bis hin zum Einkommensmangel der Arbeitslosigkeit, und werden daher von sozialen Unruhen geschüttelt. Sozialpolitik einerseits und Umweltpolitik andererseits sind Bereiche, in denen vielen von uns wirtschaftspolitisches Handeln so wünschenswert erscheint, daß wir es schon als notwendig bezeichnen können.

Die Theoretiker der Unmöglichkeit und die Theoretiker der Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe sind meist nicht dieselben Personen. Eine Zusammenschau zeigt: Die Vertreter der Notwendigkeit bestimmter Eingriffe fragen nur selten auch nach ihrer Möglichkeit und stoßen damit ins Leere. Sind sie Moralisten, zum Beispiel Päpste, so vergessen sie nur zu gerne, daß bei unerfüllbaren Geboten gelten muß: "Ultra posse nemo tenetur".<sup>29</sup> Stehen sie logisch auf schwachen Beinen, so mißverstehen sie gerne die Feststellung

der Unmöglichkeit einer Maßnahme als Werturteil ihrer Unerwünschtheit. Die Vertreter der Unmöglichkeit einer Wirtschaftspolitik haben andererseits nicht selten geglaubt, obendrein noch die Unnotwendigkeit derselben dartun zu müssen, wofür wie wir sehen werden, Adam SMITH als Beispiel stehen kann. Über diese überflüssige geistige Zusatzanstrengung war Friedrich August von HAYEK erhaben. Auf ihn geht die umfassendste Begründung der Unmöglichkeit jeder Wirtschaftspolitik zurück, ja sogar die der notwendigen Ziellosigkeit auch jeden privatwirtschaftlichen staatlichen Handelns mit globalen Wirkungen. Sein Dilemma ist, daß sich in seinem Werk trotz seines allgemeinen Beweises der Unmöglichkeit so gut wie allen wirtschaftspolitischen Handelns, auch im weiteren Sinne,<sup>30</sup> doch eine ganz erkleckliche Zahl von Forderungen nach wirtschaftspolitischen Eingriffen findet. Er spricht von notwendigen Maßnahmen,<sup>31</sup> was mir die eine Hälfte des Titels dieses Vortrages gab; JÖHRs verneinte Frage, "Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?", gab die andere. Wie aber kann HAYEK etwas fordern, was nach seinen eigenen Ausführungen letztlich unmöglich ist?

## V

Das gesellschaftstheoretische Prinzip, aus dem der Gedanke der Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik erster Art, der Ohnmacht des Staates also und der Unwirksamkeit seiner Zwangsmaßnahmen entwickelt wurde, war den Engländern des 17. Jahrhunderts besonders wichtig; und wir in den "westlichen" Demokratien wurden ihre Erben. Es ist die Forderung nach einer Privatsphäre des Menschen, nach einem gesicherten Freiraum, nach einem eigenständigen Bereich menschlicher Entscheidung. Die Privatsphäre ist der abgesteckte Zirkel, in dem man vor Befehlen geschützt ist, aber auch anderen keine Befehle geben darf; sie ist Privatautonomie, Privatrechtssphäre. Im 16. Jahrhundert wurde auch in England Staat und Gesellschaft als eine Einheit

gedacht, und zwar als eine Einheit mit absolutem Machtanspruch, wie dies David HUME in seiner "Geschichte Englands" betont.<sup>32</sup> Nunmehr sollte in England an die Stelle des "divine right of kings" das "divine right of freeholders" treten,<sup>33</sup> wie Lord ACTON Daniel DEFOE zitiert.<sup>34</sup> Damit ist die Gesellschaft, als das Zusammenwirken der Eigenberechtigten, etwas anderes als der Staat geworden. Der Staat ist nach innen beschränkt, es gilt das rechtsstaatliche Prinzip.<sup>35</sup>

Mit John LOCKE<sup>36</sup> bezeichneten die Engländer diesen eigenständigen menschlichen Freiraum als "property",<sup>37</sup> das Eigentum, wobei jedoch property nach LOCKE umfaßt "life, liberty, and estate",<sup>38</sup> also sehr weit gefaßt materielle Güter und immaterielle Werte, ja die Eigenschaften des Menschen einschließt. Kern dieser Eigentumssphäre ist die volle Verfügung über die eigene Person, persönliche Freiheit.<sup>39</sup> In Moskau hörte ich die Geschichte von dem GPU-General, der, weil sich die Erzader erschöpfte, die in einem seiner Arbeitslager abgebaut wurde, einfach eine große Zahl von Geologen verhaften ließ und dorthin schickte, damit sie eine neue Erzader fänden. Das ist absoluter Staat und ein Wirtschaftssystem, das nur funktionieren kann, weil und solange es sich auf solche absoluten Rechte über Menschen stützt. Adam SMITH hingegen formulierte als englische Urform des Satzes von der Heiligkeit und Unantastbarkeit des Eigentums: "The property which every man has in his own labour, as it is the original foundation of all property, so it is the most sacred and inviolable".<sup>40</sup> Diese Prinzipien einer im 17. Jahrhundert noch neuen freiheitlichen Ordnung nannte man später den Liberalismus im englischen Sinne.<sup>41</sup>

Die Konstituierung einer Privatsphäre löst die unitarisch gedachte Staatsgesellschaft auf und entzieht einer undifferenzierten Gesellschaftsphilosophie den Boden. Gleichzeitig wird die Wirtschaftswissenschaft eine selbständige Wissenschaft.<sup>42</sup> Denn die Eigentumsnutzung, das Handeln in der Privatsphäre

im englischen Sinne nennen wir Wirtschaft. Damit ist naturgemäß aber auch das Ende unbegrenzter wirtschaftspolitischer Möglichkeiten gekommen. Man kann nicht Vertragsfreiheit gewähren und dennoch, je nach Gutdünken, die Vertragsergebnisse staatlich bestimmen wollen. Der Versuch wirtschaftspolitischer Eingriffe in die Privatsphäre wäre zudem schädlich: Denn gerade die eigenverantwortlichen Initiativen bei der Eigentumsnutzung führen ja zu wirtschaftlichem Wohlstand.

Selbstredend muß andererseits die Privatsphäre begrenzt sein, rechtlich abgesteckt und durch Gewohnheit limitiert.<sup>43</sup> Keineswegs kann anstelle eines absoluten Staates ein absolutes Recht der Individuen treten; das wäre nicht Freiheit, das wäre Anarchie.<sup>44</sup> Dementsprechend ist Wirtschaft zwar der Idee nach eine selbständige Ordnung, aber dennoch auch nur eine gesellschaftliche Teilordnung.

Eine durch Recht und Gewohnheit beschränkte Privatsphäre kann freilich noch immer sehr umfassend sein, und dementsprechend umfassend ist dann der Anwendungsbereich der Wirtschaftswissenschaft. Was etwa alles in fortdauerndem anglo-amerikanischen Verständnis zur Privatsphäre und damit zum Bereich wirtschaftswissenschaftlicher Analyse gehört, zeigten schlaglichtartig der jüngste wirtschaftswissenschaftliche Nobelpreisträger, Gary BECKER,<sup>45</sup> und seine Schule. Von einer Theorie der bestmöglichen Abschreckungsstrafen für Verbrechen<sup>46</sup> über eine Modellvorstellung rationaler Heirat<sup>47</sup> zu einer ökonomischen Analyse menschlicher Fruchtbarkeit,<sup>48</sup> von einer Theorie des Seitensprunges<sup>49</sup> zur Ökonomie der besten Behandlung von Vampiren<sup>50</sup> schreiten die Beiträge fort. Alles Menschliche ist in ihnen vertreten, bis hin zur Ökonomie des Zähneputzens.<sup>51</sup> Ökonomie ist eben die Analyse von Entscheidungen in der Privatsphäre. Und Zähneputzen gehört doch sicherlich zu dieser?

## VI

Oder vielleicht doch nicht? Denn wenn wir uns nicht die Zähne putzen, riskieren wir Zahnschäden, deren Behebung die Sozialversicherung belastet, und das führt in seiner Konsequenz über Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu Eingriffen in das Eigentum der anderen. Unser Handeln in der Privatsphäre beeinträchtigt die Privatsphäre der Mitmenschen. Wir erkennen an diesem trivialen Fall, daß die Idee einer Gesellschaft der einzelnen, die je nur ihren Garten bestellen,<sup>52</sup> die nur ihr persönliches Eigentum pflegen ohne Nachteil für die übrigen, nicht strikt durchhaltbar ist. Und den nichttrivialen, homologen Fall bietet natürlich die reiche Palette der Umweltbeeinträchtigungen.<sup>53</sup> Externe Effekte auf andere werden durch wirtschaftliche Entscheidungsträger ausgelöst. Das individuelle Handeln der einzelnen führt zum Interessenkonflikt. Wir werden auf die Notwendigkeit von Wirtschaftspolitik zurückgeworfen.

Vom Grundsatz her ergibt sich freilich kein Problem. Denn jede gesicherte individuelle Entscheidungssphäre muß immer rechtlich beschränkt gedacht werden. Und wenn der eine dem anderen schadet, etwa durch Umweltbeeinträchtigungen, so bedarf es eben nur anderer Rechtsabgrenzungen, um dies zu verhindern, etwa durch Konstituierung zusätzlicher Schadenersatzpflichten<sup>54</sup> oder durch Beschränkung bestimmter Eigentumsnutzungen. Die Privatsphären werden andere, aber bleiben gesicherte Privatsphären.

Näher betrachtet ist alles jedoch nicht ganz so einfach. Kehren wir zu dem trivialen, aber instruktiven Beispiel des Zähneputzens zurück. Nehmen wir an, eine Rechtsnorm verpflichte nunmehr jedermann, sich mittels geeigneter Zahnputzmittel dreimal am Tage gründlich die Zähne zu putzen. Wie aber können wir kontrollieren, daß dies auch jedermann tut?<sup>55</sup> Die Geschädigten, das sind die durch zusätzliche Zahnschäden jeweils nur minimal betroffenen

Sozialversicherungszahler, werden dies nicht können; und eine Hausbesuche vornehmende Zahnschutzpolizei - ein schrecklicher Gedanke! Nicht einmal die Radikalkur der Abschaffung der Sozialversicherung<sup>56</sup> böte eine Lösung. Denn bei Vertragsfreiheit kann man niemandem eine private Zahnbehandlungsversicherung verbieten, und das Problem ist wieder da.<sup>57</sup> Wir sind somit auf eine dritte Unmöglichkeit von Wirtschaftspolitik gestoßen: Unmöglichkeit der Durchsetzung, weil die Kontrollkosten prohibitiv hoch werden.<sup>58</sup>

Einzigste Hoffnung bei unserem Zahnputzproblem ist die Erziehung zu gesellschaftlichem Wohlverhalten, das ja in diesem Fall auch noch im eigenen Interesse liegt. Wir erkennen, welches Ausmaß an Akkulturierung, welches Ausmaß ethischen Handelns erforderlich ist, um unmögliche Wirtschaftspolitik unnotwendig zu machen. Aber selbst in gut akkulturierten Gesellschaften können wir nicht immer mit gesellschaftsadäquatem Wirtschaftshandeln rechnen. Wir können es in dem häufigen Fall nicht, in dem es mit massiven Eigeninteressen, ja dem wirtschaftlichen Selbsterhaltungstrieb in Konflikt gerät. Als der Franc im letzten Herbst von fluchtartigen Kapitalbewegungen geschüttelt wurde, meinte Präsident MITTERRAND, in der Französischen Revolution hätte man solche Spekulanten zur Guillotine geschickt. Er vergaß, daß ein Exporteur oder Importeur in einer Wechselkurskrise sich absichern muß, und sei es auch nur in anscheinend so harmloser Weise, daß er bei offener Zahlungsfrist ein paar Tage früher oder später zahlt;<sup>59</sup> denn tut er es nicht, so kann der Wechselkursverlust ihn in den Konkurs treiben.

## VII

Wenn aber der Wirtschaftspolitiker grundsätzlich handlungsfähig ist, bleibt noch die bange Frage: Weiß er, was er tut? Wissen wir, welche Auswirkungen



CO<sub>2</sub>-Emissionen wirklich haben?<sup>60</sup> Kennen wir die genauen Ursachen der Baumwuchsschäden? Ich komme zur Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik aufgrund mangelnder Information.

Hier durchhallen Adam SMITHs ebenso wohlgesetzte wie kritische Worte die Jahrhunderte: "The statesman, who should attempt to direct private people in what manner they ought to employ their capitals, would not only load himself with a most unnecessary attention, but assume an authority which ... would nowhere be so dangerous as in the hands of a man who had folly and presumption enough to fancy himself fit to exercise it".<sup>61</sup> "The statesman", das ist Adam SMITHs Replik<sup>62</sup> auf den diesen Germanizismus gerne gebrauchenden Sir James STEUART, den Proponenten wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten.<sup>63</sup> Bei freiheitlicher Wirtschaftsordnung, meint SMITH hingegen, gelte: "The sovereign is completely discharged from a duty, in the attempting to perform which he must always be exposed to innumerable delusions and for the proper performance of which no human wisdom or knowledge could ever be sufficient".<sup>64</sup> Denn es sei festzuhalten: "Every individual, it is evident, can, in his local situation, judge much better than any statesman or lawgiver can do for him".<sup>65</sup>

Vergleicht man diese Skepsis mit der preußischen Staatsdoktrin, die "von der Hauptidee aus(ging): Dass die Regierung das Summum der Nationalweisheit enthalten, daher die Nationalbetriebsamkeit leiten ... müsse",<sup>66</sup> so versteht man die noch heute nachwirkenden heftigen Attacken preußischer Staatsphilosophen<sup>67</sup> auf SMITHs Gedankengut.

Friedrich August von HAYEK vollendete die Ansätze des großen Schotten.<sup>68</sup> In der "Theorie komplexer Phänomene",<sup>69</sup> seinem Beitrag zur Festschrift für Sir Karl POPPER, betont er, daß die Gesellschaft als Produkt des Zusammenspiels vieler menschlicher Gehirne sicherlich viel zu komplex sei, um von

einem menschlichen Gehirn erfaßt zu werden. Wir können nur Muster in ihr feststellen, gewisse Regelmäßigkeiten und Entwicklungsrichtungen. In "The Use of Knowledge in Society"<sup>70</sup> führt HAYEK aus, daß wirtschaftsrelevantes Wissen nicht nur, wie SMITH betonte, individualspezifisch, lokal zerstreut und daher keiner politischen Instanz ohne weiteres verfügbar sei. Es sei darüberhinaus gar nicht zentralisierbar, weil wir nicht wissen, welches Wissen wir in konkreten Situationen verwerten. Wir können dieses unbewußte Wirtschaftswissen daher auch niemandem mitteilen oder es gar statistisch sammeln.<sup>71</sup>

HAYEK meinte, das Preissystem auf freien Märkten sei das bestmögliche Entdeckungsverfahren<sup>72</sup> und der bestmögliche Aggregationsprozeß<sup>73</sup> für verstreutes, ja widersprüchliches Wissen. Die mathematische Theorie der Versteigerung hat gezeigt, daß er in vielem Recht hatte;<sup>74</sup> aber in zentralen Fragen der Politik, etwa in Umweltbelangen, leider nicht.<sup>75</sup> Bei externen Effekten, Drittwirkungen also, die sie auslösen, können Wirtschaftstreibende einander nicht glaubhaft mitteilen, was sie wissen.<sup>76</sup> Obendrein kennen sie die synergetischen Gesamteffekte ihres Zusammenwirkens nicht. Der Politiker hingegen kennt vielleicht die Synergieeffekte, verfügt aber nicht über das Einzelwissen. Niemand weiß genug.<sup>77</sup>

Inflationsbekämpfung durch Restriktion der Geldmenge wäre nach HAYEK eine ein bekanntes Wirtschaftsmuster nützende Politik. Wir wissen zwar nicht, wann genau und wie stark sie wirkt; aber wir kennen ihre Stoßrichtung, nämlich Preisdämpfung. Daß man durch steuerliche Investitionsanreize oft die Investitionen steigert, ist auch bekannt. Betrachten wir jedoch, was passieren kann, wenn ein bedeutender Staat zwei so vertraute Maßnahmen einsetzt. 1981 herrschte in den USA Inflation, was zu monetärer Restriktionspolitik veranlaßte, die, wie üblich, die kurzfristigen Zinssätze hochtrieb. Gleichzeitig führte REAGAN eine Steuerreform durch, die die Investitionstätigkeit massiv

begünstigte. Plötzlich wollte die ganze Welt in den USA investieren, um die Steuervorteile zu nutzen.<sup>78</sup> Ein massiver Kapitalzufluß nach den USA ließ den Dollarkurs hochschnellen; und das war unbedacht. Kurz zuvor hatten viele südamerikanische Länder sich in den USA massiv verschuldet, weil der inflationsbereinigte Zinssatz 1979-80 bei etwa 0 % lag. Der Zinsanstieg infolge der US-Antiinflationpolitik und der jährliche Dollarkursanstieg zusammengerechnet verwandelten jedoch plötzlich die reale, die in Gütern zu begleichende Zinslast ihrer Kredite für die südamerikanischen Länder von 0 % pro Jahr in 30 % bis 40 % pro Jahr;<sup>79</sup> und auch das kam unerwartet. Wer Kredite aufnimmt, von denen er meint, sie würden sich bei 0 % rentieren, und dann 40 % zahlen soll, geht in Konkurs. Und prompt kam 1982 die südamerikanische Schuldenkrise, von den USA verursacht, wenn auch nicht gewollt. Denn diese Schuldenkrise trieb zahlreiche US-Banken an den Rand des Ruins. Ob also eine Politik der Wirtschaftsankurbelung über Investitionsbegünstigungen angesichts der ebenfalls indirekt ausgelösten binnenwirtschaftlichen Kreditkrise in den USA belebend wirkte, bleibt unklar. Wir sehen "a result of human action, but not of human design", wie HAYEK sagen würde.<sup>80</sup> Wahrscheinlich war alles "not only fruitless, but hurtful".<sup>81</sup>

HAYEK meint, wirtschaftspolitische Ergebnisse entstünden hauptsächlich in unbeabsichtigter Weise; und ebenso ungeplant wüchsen gesellschaftliche Institutionen. Sie seien wie Sprache, von niemandem erfunden. Immer mehr verwendete er evolutorische Ansätze, der Biologie abgelauscht.<sup>82</sup> Gesellschaftliche Einrichtungen und wirtschaftspolitische Gepflogenheiten unterlägen einem transnationalen Selektionsprozeß: Die wohlstandstauglichsten überlebten. Daß HAYEK auf DARWIN zurückgreift,<sup>83</sup> ist kein Zufall. Hatte doch andererseits DARWIN die wirtschaftsevolutorischen Ideen vom ökonomischen "survival of the fittest" bei MALTHUS und Adam SMITH studiert.<sup>84</sup> DARWIN schockierte bekanntlich in seiner Zeit durch seinen nicht zielgerichteten Evolutionsprozeß der Arten.<sup>85</sup> Genauso, meint HAYEK, sei der

Wirtschaftsprozeß nicht zielgerichtet zu denken, nicht steuerbar, nur durch die jeweiligen Umstände bestimmt. Wirtschaftspolitik sei letztlich unmöglich.

HAYEKs tiefste Erkenntnis ist die, daß sich wirtschaftspolitisches Handeln letztlich kaum von privatwirtschaftlichem Handeln unterscheidet: Bei beiden Aktionsweisen tappen wir im Dunkeln. "Es irrt der Mensch, solange er strebt", und wer würde leugnen, daß Wirtschaftspolitik auch nur menschliches Streben ist? Ganz und gar falsche Hoffnungen erweckt das deutscher protestantischer Staatsideologie entstammende Wort: "Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand". In einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft ist das Amt, das Er gibt, hohl, und der Verstand - der ist in aller Regel schwach. Nicht die Weisen, nicht die Mächtigen, auf die jeder wirtschaftspolitische Planer, auf die jeder wirtschaftspolitische Interventionist hofft, hat sich Gott erwählt; nach Paulus hat Er sich die Schwachen, ja die Törichten erwählt;<sup>86</sup> und warum sollten wir dieses Wort nicht gerade auch auf den durchschnittlichen Wirtschaftspolitiker anwenden?

## VIII

Wenn jedoch HAYEK wirtschaftspolitische Möglichkeiten implizit nachteilig mit privatwirtschaftlichem Wirken auf Märkten vergleicht, dann zieht er einen unrealistischen Vergleich. Er nimmt nämlich an, daß alle Märkte effiziente Märkte und obendrein das Marktsystem ein vollständiges, insbesondere ein System vollständiger Zukunftsmärkte ist. Aus HAYEKs berühmtem Artikel "The Use of Knowledge in Society" und seinen diesem vorangegangenen Artikeln folgt zwingend die Unmöglichkeit jeder sozialistischen zentralen Planung, aber auch jeder anderen interventionistischen Wirtschaftspolitik, die sich ja, und ich erinnere Sie nochmals daran, nur in ihren bescheideneren Ambitionen, nicht jedoch in ihrem Wesen von voller sozialistischer Planwirt-

schaft unterscheidet. Auf den gleichen Artikel, "The Use of Knowledge in Society", beruft sich jedoch ausgiebig auch die Literatur zu effizienten Märkten.

Effiziente Märkte sind Konkurrenzmärkte, auf denen alle den Wirtschaftssubjekten zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbare Information in die Preise bereits eingegangen ist. Beispiele annähernd effizienter Märkte sind amerikanische Wertpapiermärkte.<sup>87</sup> Auf effizienten Märkten können wir nichts Besseres tun als die Preise als Daten unseres wirtschaftlichen Handelns hinnehmen. Verfügen wir darüberhinaus auch noch über ein vollständiges System von Terminmärkten, so können wir uns obendrein auch noch gegen alle Wechselfälle der Zukunft absichern. Vollständige, effiziente Märkte erlauben uns also vollständige Versicherung; wir können über Märkte eine Sicherheit erlangen, die uns keine Wirtschaftspolitik je bieten kann, und können gleichzeitig alle diejenigen Erträge voll ausschöpfen, die uns die Wirtschaft, in der wir leben, bietet. Freilich, mehr als durchschnittlich erfolgreich können wir in unserer Ertragserzielung auch dann nie sein. Vollständige und effiziente Märkte offerieren uns das Los der goldenen Mediokrität.

Nun gibt es aber solche effiziente Märkte nur in sehr beschränktem Umfang. Wir können sie bestenfalls als Maßstab heranziehen - wie JÖHR das Modell der vollkommenen Konkurrenz,<sup>88</sup> dem ja das Modell der effizienten Märkte nahesteht. In der Realität gibt es die nicht in die Preise eingehende Insiderinformation, gibt es zuhauf monopolistisches oder oligopolistisches Wirtschaftshandeln und vor allem gibt es nicht in die Preisbildung eingehende externe Effekte, zumal im Bereich der Umweltbelastung, die Walter Adolf JÖHR in seinen letzten Lebensjahren mit Recht sehr ernst, HAYEK hingegen nie wirklich ernst nahm. Erst recht gibt es kein vollständiges System der Zukunftsmärkte, auf dem wir uns gegen alles und jedes wirtschaftlich

versichern könnten. Selbst wenn es effiziente Märkte in Hülle und Fülle gäbe, könnten wir sie obendrein nur dann sinnvoll nutzen, wenn die Transaktionskosten auf ihnen verschwindend gering wären; und das heißt insbesondere, wenn unsere wirtschaftlichen Entscheidungen nicht irreversibel sind, sondern im Gegenteil leicht wieder rückgängig gemacht werden können, wenn wir unsere Bindungen an bestimmte wirtschaftliche Umstände leicht wieder lösen können. Nur nebenbei sei noch erwähnt, daß die Ertragskraft einer Wirtschaft, die wir auf effizienten Märkten nützen, keineswegs unabhängig von den wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, keineswegs unabhängig also insbesondere von den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen ist, wie wir gerade jetzt überdeutlich erkennen angesichts der ungeheuren Kosten der Wirtschaftstransformation in den ehemals real existierenden sozialistischen Wirtschaften.

Auf wirklichen Märkten mit allen ihren vielfältigen Unvollkommenheiten bleibt daher zukunftsgerichtetes Handeln schwierig und riskant; und zukunftsgerichtetes Handeln ist es, auf das es im Hinblick auf wirtschaftliches Gedeihen vor allem ankommt. Prognose ist und bleibt schwierig; ja letztlich ist Prognose immer unmöglich. Damit wird aber privatwirtschaftliches Markthandeln aus demselben Hayekschen Grunde ebenso unmöglich wie Wirtschaftspolitik! Denn letztlich läßt sich die Hayeksche Kritik an Wirtschaftspolitik auf die einfache Formel bringen: Dem Wirtschaftspolitiker fehlen die erforderlichen zutreffenden Prognosen über Zukünftiges; eben diese fehlen aber auch dem privaten Wirtschaftstreibenden.

## IX

Ist dann aber die tiefe Hayeksche Erkenntnis von der Unmöglichkeit jeder Wirtschaftspolitik eine Sackgasse, weil diese Erkenntnis einfach von jedem

zukunftsgerichteten wirtschaftlichen Handeln gilt, weil es nämlich die vollständigen, transaktionskostenlosen, effizienten Konkurrenzmärkte, die HAYEK als Maßstab heranzieht, bestenfalls nur in Ansätzen gibt? Ich meine: keineswegs; denn der Hayeksche Ansatz erlaubt uns eine neue Würdigung einigermaßen erfolgversprechender Wirtschaftspolitik. Verstehen wir nämlich den Hayekschen Vorwurf der Unmöglichkeit jeder interventionistischen Wirtschaftspolitik realistisch gesehen nur als Aussage über die graduelle Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik, als Aussage über den höheren oder geringeren Grad ihrer Möglichkeit, über ihre höhere oder geringere Erfolgswahrscheinlichkeit, so gewinnen wir neue Einsichten. Gerade wenn wir das Scheitern wirtschaftspolitischer Anstrengungen nicht als pathologischen Ausnahmefall, sondern vielmehr als den in der Regel zu erwartenden Befund verstehen, können wir zu einer neuen Systematik allgemeiner Wirtschaftspolitik gelangen, zu einer allgemeinen Wirtschaftspolitik, wie sie Walter Adolf JÖHR anstrebte. Jede der ausgewählten "Unmöglichkeiten" der Wirtschaftspolitik kann uns so zur Meßlatte für relativ erfolgversprechende Wirtschaftspolitik werden!

Als erste Beschränkung der Wirtschaftspolitik haben wir ihre Unwirksamkeit aufgrund staatlicher Machtlosigkeit herausgearbeitet. Dort, wo der Privatinitiative eine gesicherte Privatrechtssphäre gewährleistet ist, vermag der Staat wirtschaftspolitisch nicht mehr mit hoheitlicher Zwangsgewalt aufzutreten. Das ist nichts anderes als die altbekannte und gerade auch von JÖHR energisch vertretene Forderung, in einer unternehmerischen Marktwirtschaft müsse der wirtschaftspolitisch agierende Staat marktkonform handeln.<sup>89</sup> Vor dem Hintergrund der Unmöglichkeitsdiskussion der Wirtschaftspolitik gewinnen die Aussagen zur Marktkonformität jedoch ganz neue Akzente. Wir lernen, marktkonforme Maßnahmen dem Ziel nach, marktkonforme Maßnahmen der Methode nach und marktkonforme Maßnahmen der Verwirklichungsmöglichkeit nach zu unterscheiden.

Es ist nämlich keineswegs sicher, ob alle Formen marktkonformer wirtschaftspolitischer Eingriffe gleich möglich sind. Ganz im Gegenteil: Manche erfordern seitens der Politikinstanz so viel Information, daß sie trotz ihrer grundsätzlich am ehesten möglichen Methode doch wieder weitgehend unmöglich werden. Bedauerlicherweise gilt das insbesondere nicht selten gerade von wirtschaftspolitischen Eingriffen, die sogenanntes "Marktversagen" korrigieren wollen, solchen Eingriffen also, die sogar HAYEK als besonders "notwendig"<sup>90</sup> bezeichnete, die also dem Ziel nach ganz und gar marktkonform wären.

Jede ambitionierte Monopolkontrolle z.B. setzt außerordentlich genaue Kenntnisse der gesamten Kostenstruktur des zu regelnden Monopols und der gesamten Nachfragefunktion nach dessen Produkten voraus und muß daher scheitern, obwohl sie dem Ziel nach marktkonform wäre. HAYEK selbst hat daher stets nur für den Entzug des Rechtsschutzes für alle wettbewerbsbeschränkenden Verträge geworben.

Bedauerlicherweise setzt weiters gerade die Umweltpolitik, die ihrem Ziel nach sicherlich marktkonform ist, weil sie ja nur Marktversagen aufgrund negativer externer Effekte bekämpft, oft ein unrealistisch hohes Maß staatlicher Information voraus, um effektiv werden zu können. Und das gilt insbesondere auch, wenn nicht nur das Ziel, sondern auch die Methode der Umweltpolitik marktkonform ist. Umweltsteuern einerseits, handelbare Umweltzertifikate andererseits sind der Methode nach marktkonform. Dennoch: Eine die negativen externen Effekte der Umweltbelastung voll internalisierende Umweltsteuer, eine sogenannte Pigou-Steuer, setzt beim Planer die volle Kenntnis der sozialistischen Utopie voraus; und für die richtige Mengenbemessung von handelbaren Umweltzertifikaten gilt derselbe Informationseinwand.<sup>91</sup> Aus diesem Grund habe ich kürzlich für eine stärkere Nutzung des Schadenersatzrechtes in Umweltfragen plädiert, weil dieses nicht



nur in seiner Methode, sondern darüberhinaus auch in seinen geringen Informationsansprüchen marktkonform ist.

Immerhin, der moderne wirtschaftsinterventionistische Staat hat sich unsere erste Art wirtschaftspolitischer "Unmöglichkeit", Unmöglichkeit aufgrund staatlicher Machtlosigkeit, zu Herzen genommen. In außerordentlich starkem Maße bedient sich die Wirtschaftspolitik heute nicht hoheitlicher Zwangsmaßnahmen, sondern der Formen privatwirtschaftlichen Wirtschaftshandelns. Die Wechselkursfestsetzung des österreichischen Schilling zur Deutschen Mark etwa erfolgt nicht durch einen Devisenfestkurs, wie er in den dreißiger Jahren üblich war, und auch nicht durch die Festlegung einer Parität durch Gesetz oder Verordnung, wie noch zur Zeit von Bretton Woods. Diese Wechselkursfestsetzung erfolgt lediglich durch die Käufe und Verkäufe von Devisen durch die Oesterreichische Nationalbank, also mittels rein privatwirtschaftlichen Handelns, unterstützt freilich durch eine glaubhafte Wirtschaftspolitik, und in der Schweiz ist es wenig anders. Der Jurist sagt: Wirtschaftspolitik erfolgt rechtlich gesehen zum guten Teil heute als Privatwirtschaftsverwaltung, also als privatrechtliches Handeln staatlicher Organe. Ein wichtiger Grund hierfür ist das zunehmende Bewußtsein, daß hoheitliche Zwangsmaßnahmen nur zu oft durch eigenberechtigtes Handeln eigenständiger Individuen in der Privatrechtssphäre ad absurdum geführt werden können. In spezifischer Weise hat die moderne Theorie der Zeitkonsistenz<sup>92</sup> wirtschaftspolitischer Entscheidung auf diesen Aspekt Rücksicht genommen.

Wir gelangen somit zur genauen Umkehrung - oder besser eigentlich nur dem Korrelat - der schon am Anfang dieses Vortrages beschworenen berühmten Frage von Walter Adolf JÖHR: "Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?" JÖHR verneinte und hielt fest, der Sozialismus müsse zuerst viele Freiheiten zerstören, um überhaupt entstehen und erst recht bestehen zu können. Wir können andererseits festhalten: Geübte Wirtschaftsfreiheit wird schon den

Versuch sozialistischer Planung im Keim ersticken; sie würde viele staatliche Interventionen zur restlosen Ineffektivität verdammen. Somit gilt auch: Freiheit macht Sozialismus unmöglich, genauer unwirksam.

Unsere zweite Aussage zur Unmöglichkeit lautete: Zielführende Wirtschaftspolitik ist oft unmöglich infolge fehlender Information der staatlichen Entscheidungsträger. HAYEK hatte seine Erkenntnisse zu den Informationsbedarfen zumal als Attacke auf den Sozialismus als umfassende Wirtschaftsordnung konzipiert; und Sozialismus ist nach Walter Adolf JÖHR als Gegenstück zur freien Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung einerseits ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln und andererseits mit umfassender Regelung des Wirtschaftsablaufes durch eine Zentralstelle, oder, wie man oft sagt, mit einer Planwirtschaft.<sup>93</sup> Je umfassender eine solche Wirtschaftsplanung ist, desto größer wird das erforderliche Ausmaß an höchst detaillierten Einzelinformationen, desto unmöglicher wird sie also ceteris paribus.<sup>94</sup> HAYEK betonte andererseits, jede wirtschaftspolitische Intervention in den Marktprozeß sei letztlich nichts anderes als Sozialismus, der Sozialismus drohe also allenthalben und in allen Parteien. Qualitativ gesehen hat HAYEK recht, gerade aus seiner Informationsperspektive heraus betrachtet quantitativ jedoch nicht. Denn viele Einzelinterventionen erfordern sehr wenig Information. Ja, wir können im Gegensatz zu marktkonformen Maßnahmen interventionistische oft gerade dadurch rechtfertigen, daß sie so informations-sparend sind, wir können mit anderen Worten HAYEK mit HAYEK selbst austreiben!

Wählen wir als Beispiel wieder die Umweltpolitik, und diesmal als wirtschaftspolitische Methode die administrativen Ge- und Verbote. Von der Information her gesehen ist es äußerst einfach, einem Unternehmer zu verbieten, in seinem Produktionsprozeß ein bestimmtes schweres Gift zu verwenden. Man muß gerade nicht wissen, welche vielfältige wirtschaftliche

Folgen dieses Gebot haben wird, wieviel es etwa kostet und so fort: Ein gesundheitsschädliches Gift wird fortan nicht mehr verwendet; das genügt. Oder es ist informationsmäßig sehr einfach vorzuschreiben, daß 90 % des SO<sub>2</sub>-Gehaltes aus dem Abgas einer Fabrik herauszufiltern sei. Wieder genügt es zu wissen, daß der SO<sub>2</sub>-Ausstoß in die Atmosphäre sinkt. Blinde Marktapostel unter den Ökonomen werfen solchen administrativen Ge- und Verboten vor, daß sie einen wirtschaftsoptimalen Zustand nicht herbeiführen können, ja daß sie diesen nicht einmal anzustreben versuchen. Ein Optimum ist aber in umweltpolitischen Bereichen, wie ich bereits ausführte, ohnehin nie zu erlangen,<sup>95</sup> weswegen administrative Ge- und Verbote im Umweltbereich in weiser Zurückhaltung gleich gar nicht versuchen, dem Unmöglichen nachzujagen. Sie sind dem Ziel nach marktkonform, sie sind es in ihrer Verwirklichungschance im Rahmen von Marktprozessen, sie sind es jedoch nicht in ihrer Methode.

Solche informationssparenden wirtschaftspolitischen Interventionen sind sicherlich nur Flickwerk. Dort jedoch, wo Wirtschaftspolitik notwendig ist, ist es besser, in Flickwerk gekleidet zu gehen als ganz nackt; ganz nackt deshalb, weil man die großartigsten Kleider beim besten Schneider der Welt bestellt hat, der jedoch infolge völliger Überlastung diese Kleider nie liefern kann.

Als dritte Art der Unmöglichkeit der Wirtschaftspolitik haben wir herausgearbeitet die Unmöglichkeit ihrer Durchsetzung, weil die Kontrollkosten prohibitiv hoch sind. Dieser Einwand kann im allgemeinen nicht gegen wirtschaftspolitische Methoden vorgebracht werden, die sich nur privatwirtschaftlicher Kauf- und Verkaufsakte bedienen, wie etwa staatliche Lagerhaltungsstrategien. Denn diese Markttransaktionen sind immer kontrollierbar. Schlimmstenfalls können solche staatlichen Interventionskäufe und -verkäufe dazu ausgenutzt werden, daß die privaten Wirtschaftssubjekte genau die entgegengesetzte Kaufstrategie verfolgen und damit das staatliche Handeln

um seinen beabsichtigten Erfolg bringen.<sup>96</sup>

Anderes privatwirtschaftliches Handeln des Staates als Interventionskäufe ist hingegen nicht selten schon schwieriger zu kontrollieren. Die Vergabe von Subventionen durch den Staat ist auch nur privatwirtschaftliches Handeln; aber kann die Einhaltung des Subventionsvertrages immer leicht kontrolliert werden?

Bewegen wir uns weg von privatwirtschaftlichem staatlichen Handeln, so nehmen die Kontrollkosten nicht selten weiter zu; wenn freilich nicht immer, ist doch die Einhaltung bestimmter gewerberechtlicher Auflagen der Betriebe und zum Beispiel vieler administrativer Auflagen in Umweltsachen durchaus leicht zu kontrollieren. Entscheidend ist vielmehr, ob eine staatliche Zwangsmaßnahme von einem guten Teil der Betroffenen auch voll akzeptiert wird. Mangelnde Akzeptanz zwingender wirtschaftspolitischer Maßnahmen kann diese äußerst kontrollkostenintensiv und damit unwirksam, letztlich also unmöglich machen. Wir erkennen: Auch anscheinend zwingende Wirtschaftspolitik ist in Wahrheit nur ein Dialog mit den Betroffenen!

Marktwirtschaftliche Prozesse sind, wie schon Adam SMITH erkannte, in vieler Hinsicht selbstkontrollierend, weil der Eigennutz, weil oft, wenn freilich nicht immer, das Gewinnmotiv als Kontrolle sozialadäquaten Handelns in sie eingebaut ist. Einer sozialistischen Wirtschaft in vollem Sinne fehlt das Gewinnmotiv. Gerade deswegen scheitert sie auch schon an der Höhe ihrer Kontrollkosten, wie seit langem erkannt ist.

Wir können somit zusammenfassen: Es gibt eine abgestufte Skala wirtschaftspolitischer "Unmöglichkeit", mehr oder weniger mögliche Wirtschaftspolitik. Ganz unmöglich ist Wirtschaftspolitik dann, wenn sie sich voll dem eigenständigen Handeln eigenberechtigter Wirtschaftssubjekte entgegen-

stemmt; oder wenn sie für ihre Funktionstüchtigkeit eines besonders hohen Maßes an detaillierter Information bedarf; oder wenn die Kontrolle ihres Erfolges im nachhinein versagen muß; und erst recht ist sie unmöglich, wenn all dies zusammentrifft, wie bei einer auf Dauer angelegten, vollständigen zentralen Planwirtschaft. Je mehr hingegen Wirtschaftspolitik die Kräfte der Subsidiarität nützt, je mehr sie geeignet ist, verstreutes Wissen zu sammeln, je mehr sie sich sich-selbst-kontrollierender Prozesse bedient, desto erfolgreicher wird sie sein.

Wir können wirtschaftspolitische Praktiken, die sich vielerorts bewährt haben, übernehmen. Wir können aus der Geschichte, aus der Vergangenheit lernen. Wir können imitieren, was sich in anderen Ländern in ähnlichen Umständen bewährt hat. Wir können wirtschaftspolitische Maßnahmen wählen, deren voraussehbare Effekte zum Großteil positiv zu bewerten sind, und dann hoffen, daß irgendwelche dieser positiven Effekte eintreten. Wir können dasselbe Ziel mit vielen Mitteln zugleich zu erreichen streben.<sup>97</sup> Wir können wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen, die in einer gewollten Zielrichtung das eigenständige Handeln der Wirtschaftssubjekte stärken, erleichtern, einen trägen Karren also in seinem Rollen beschleunigen.

Mit einem Wort: Viel spricht für eine evolutorische Wirtschaftspolitik. Gerade weil soviel in der Wirtschaft ungewiß ist, müssen wir bereit sein, wirtschaftspolitisch zu experimentieren. Wir dürfen an keiner wirtschaftspolitischen Maßnahme unreflektiert hängen: Wenn sie größere Mängel als erwartet zeigt, wenn sie also versagt, so müssen wir bereit sein, sie rasch über Bord zu werfen.

Evolutorische Wirtschaftspolitik kann aber keineswegs heißen, daß etwas Neues versuchen immer besser sein muß als beim Altgewohnten verharren, auch wenn das Alte seine Mängel hat. Denn das Alte kann ja trotz seiner

Mängel immer noch das Bestmögliche bieten. Wie die St. Galler vor 300 Jahren richtig erkannten: Keine Wirtschaftspolitik kann besser sein als eine falsche! Keine Wirtschaftspolitik betreiben, heißt genauer, keine gezielten Veränderungen herbeiführen, obwohl sich natürlich auch hier viel verändern wird. Keine gezielte Veränderung anstreben, kann aber besser sein als falsch zielen.

## X

Und damit sind wir bei einem letzten Gesichtspunkt angelangt, den es abschließend noch kurz zu erörtern gilt. Wir haben bislang nur von den Mitteln der Wirtschaftspolitik gesprochen, die kraft staatlicher Machtlosigkeit nicht vorhanden sein können, für deren Einschätzung die Information fehlt und deren Wirksamkeit sich nachträglich nicht kontrollieren läßt. Wirtschaftspolitik muß jedoch, wie wohl jedes wirtschaftliche Handeln, als Optimierungsbemühen verstanden werden, als bestmöglicher Einsatz von Mitteln für gegebene Ziele. Was können wir über Wirtschaftspolitik vom Standpunkt des Zielloptimierungsstrebens aussagen?

Ich will mich hier nicht im dornigen Gestrüpp der Frage verlieren, ob und wie eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion definiert werden kann. Nehmen wir an, gesellschaftliche Wohlfahrt lasse sich einfach messen. Dann stehen wir gedanklich vor dem Relief eines gesellschaftlichen Wohlfahrtsgebirges, dessen höchste Spitze wir zu erklimmen versuchen sollen.

Der Versuch, die Spitze dieses Wohlfahrtsgebirges durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treffen, gleicht nach allem, was ich hier ausgeführt habe, dem Versuch der Landung mittels eines nur schwer steuerbaren Helikopters im dichtesten Nebel lückenhafter Information. Nehmen wir an, das Wohlstands-

gebirge sei wild zerklüftet, voll steiler Klippen und tiefer Schluchten. Dann würde Wirtschaftspolitik dem Versuche gleichen, mit einem schwer steuerbaren Helikopter im dichtesten Nebel geradewegs auf der Spitze des Matterhorns zu landen. Das kann nur daneben gehen, wir werden an einer Wand zerschellen oder in einem Engtal abstürzen. Nehmen wir hingegen im Gegensatz dazu an, das Wohlstandsgebirge sei eine fast vollkommen flache Wüstenei. Dann werden wir mit unserem Helikopter auch bei dichtestem Nebel wohl einigermaßen sicher aufsetzen können, wenn wir uns nur behutsam nach unten bewegen; und wir werden mit unserem Helikopter kaum tiefer landen als auf der höchsten Erhebung der Wüste, weil ja annahm gemäß die Wüste flach ist.

Nun scheint es mir, daß dem erstgenannten Fall, einer Zielfunktion mit sehr deutlich und scharf ausgeprägten Maxima, so manche Fragen der Umweltpolitik gleichen, z.B. die Frage, ob man an einem großen Strom ein Laufkraftwerk oder statt dessen einen Nationalpark errichtet. Obendrein sehen verschiedene Entscheidungsträger das Profil der Zielfunktion noch dazu ganz unterschiedlich; und für alle sind sowohl die Ziele nur höchst unsicher bewertbar - was ist also wirklich wichtig? - und die Zielmittelrelation ebenso unsicher - was ist in Wahrheit wofür zweckdienlich? In solcher Situation ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Wirtschaftspolitik tatsächlich das Richtige trifft. Wirtschaftspolitik ist dann notwendig, aber hochgradig unmöglich.

Aber solche Situationen sind meiner Erfahrung in der Politikberatung nach keineswegs sehr häufig. Durchaus nicht selten sind mehrere Maßnahmen etwa gleich zielführend. Ja, es kann sogar auch so sein, daß es wenig Unterschied macht, ob man etwas tut oder nichts: Das Zielgebirge gleicht unserer symbolischen flachen Wüste. Das ist das Dorado für den Wirtschaftspolitiker: Politik ist möglich, gerade weil es so wenig ausmacht, welche genau man

wählt! Vermag der Politiker dann noch dem Wähler weiszumachen, daß ein insgesamt recht guter Erfolg gerade auf sein Handeln zurückgeht, indem er geflissentlich verschweigt oder selbst nicht einmal weiß, daß ohne sein Handeln fast dasselbe Ergebnis eingetreten wäre, dann befindet er sich schon fast, zumindestens für ihn selbst, in der besten aller denkbaren Welten.

Wir haben erkannt: Die ökonomische Theorie hat sich im ständigen Wechselspiel der Strömungen einmal mehr mit der Frage der Unmöglichkeit, dann wieder mehr mit der Frage der Notwendigkeit so mancher Wirtschaftspolitik beschäftigt. Ihr wesentlicher Beitrag über Jahrhunderte liegt freilich eher in der Warnung vor der Überschätzung menschlicher Möglichkeiten. Nichts spricht für erwartungsfrohen wirtschaftspolitischen Aktivismus; ja, umgekehrt ist es schon fast ein Wunder, wenn wirtschaftspolitische Versuche vollends gelingen, während der Regelfall ihr mehr oder minder ausgeprägtes Mißlingen oder zumindestens das Gelingen von etwas anderem als dem ursprünglich Geplanten ist. Insbesondere folgt aus der besonderen Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen, z.B. in der Umweltpolitik, noch keineswegs deren erhöhte Möglichkeit.

Wirtschaftspolitik ist zwar nicht ganz unmöglich; nur bedarf sie hohen gesellschaftlichen Einfühlungsvermögens und erfordert größte Bescheidenheit sowie eine Bereitschaft, sie rasch zu modifizieren oder ganz aufzugeben, wenn sie versagt. Wie schon GOETHE erkannte, dessen wirtschaftswissenschaftliche Fundierung in Adam SMITH Herr BINSWANGER mit Recht betonte:<sup>98</sup> "Uns bleibt ein Erdenrest zu tragen peinlich, und wär' er aus Asbest, er ist nicht reinlich".<sup>99</sup>



## Anmerkungen

<sup>1</sup>Walter A. JÖHR, Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?, Bern 1948, Francke, S. 7.

<sup>2</sup>Franz GRILLPARZER, Die Ahnfrau, Wien 1817, I. Akt, 1. Zeile.

<sup>3</sup>Walter A. JÖHR, Der Fortschrittsglaube und die Idee der Rückkehr in den Sozialwissenschaften, Recht und Staat Nr. 279, Tübingen 1964, Mohr-Siebeck, S. 10.

<sup>4</sup>JÖHR 1964, *ibid.*, S. 7.

<sup>5</sup>Siehe Joyce Oldham APPLEBY, Economic Thought and Ideology in Seventeenth-Century England, Princeton 1978, Princeton University Press, insbes. Kap. 5, "Contending Views of the Role of the State"; H.T. DICKINSON, Liberty and Property - Political Ideology in Eighteenth-Century Britain, London 1977, Weidenfeld and Nicolson. Etwas später setzt den ideologischen Übergang an J.C.D. CLARK, English Society 1688-1832 - Ideology, Social Structure and Political Practice During the Ancien Regime, Cambridge 1985, Cambridge University Press.

<sup>6</sup>Ausführlicher Erich W. STREISSLER, "Adam Smith - Der Adam oder nur Wachstum? - Paradoxa einer wissenschaftlichen Revolution", in: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie I, Fritz NEUMARK (Hrsg.), Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd. 115/I, Berlin 1981, Duncker und Humblot, S. 9 ff., insbes. S. 14 ff.

<sup>7</sup>Die Hinwendung zur Nationalökonomie als "Modernisierungswissenschaft" gerade im Deutschen Reich zeigt sich u.a. an der Gründung der ersten Ökonomischen Lehrstühle in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. in Halle und in Frankfurt an der Oder 1727 (für Oeconomie, Policey und Cammer-Sachen) und in Wien 1763 für Joseph SONNENFELS, dessen Lehrstuhl der Verfasser gegenwärtig innehat.

<sup>8</sup>The Shorter Oxford English Dictionary On Historical Principles, C.T.ONIONS (Hrsg.), 3. Aufl., London 1973, Oxford University Press, Bd. II, S. 1823, gibt als erstmalige Verwendung des Begriffes "revolution" im Sinne von "a complete overthrow of the established government in any country or state by those who were previously subject to it" das Jahr 1600 an. Insbesondere war natürlich der Umsturz von 1688 für Engländer "the (glorious) revolution".

<sup>9</sup>Tatsächlich wird heute in Staaten wie Österreich der Großteil der wirtschaftsrelevanten Staatsakte in privatrechtlicher Form und damit ohne Zuhilfenahme staatlicher Zwangsgewalt gesetzt. Subventionen z.B. werden in Form privatrechtlicher Verträge mit dem Begünstigten, der jedoch seinerseits Pflichten übernehmen muß, gewährt. Der Jurist spricht von Privatrechtsverwaltung.

<sup>10</sup>Gen 1,3; 1,9 etc.

<sup>11</sup>Siehe z.B. Charles WILSON, England's Apprenticeship 1603-1763, London 1965, Longman, ed. 1971, S. 74.

<sup>12</sup>1621 endete der zwölfjährige Waffenstillstand der Vereinigten Niederlande mit Spanien, 1621-23 währte im Zuge des Dreißigjährigen Krieges der "Pfälzische" Krieg gegen den geächteten "Winterkönig", Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz.

<sup>13</sup>Gerald de MALYNES, The Maintenance of Free Trade, London 1622 und The Center of the Circle of Commerce, London 1623. Siehe hierzu APPLEBY 1978, loc.cit. in FN 5, S. 41-48. MALYNES ging von der Vorstellung aus, daß der König kraft seines Befehles und kraft seiner Erkenntnis wahrer Werte den Wert seiner königlichen Münzen festlegt und die Güterpreise sich diesem vorgegebenen Geldwert anpassen müßten, nicht, wie jeder Nationalökonom es heute sieht, genau umgekehrt. Preisfestlegungen durch die Kaufleute seien nur unvollkommene Schätzungen dieses wahren (platonischen) Geldwertes.

<sup>14</sup>(Edward MISSELDEN), Free Trade, London 1622, und The Circle of Commerce, London 1623 (beide ohne explizite Autorennennung). Siehe APPLEBY 1978, loc.cit. in FN 5, S. 48.

<sup>15</sup>Thomas MUN, England's Treasure by Forraign Trade - or The Ballance of our Forraign Trade is the Rule of our Treasure, London 1664, T. Clark, geschrieben 1623 und von dem Sohne posthum publiziert. (Nachdruck Oxford 1949, Blackwell).

<sup>16</sup>Zinssenkungen durch staatlichen Befehl waren insbesondere in Frankreich üblich und werden - gerade auch im Hinblick auf ihre Wirkungslosigkeit - eingehend von Adam SMITH, An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations, London 1776, W. Strahan, Ausgabe: Glasgow Edition, London 1976, Oxford University Press, im folgenden zitiert als WN, hier WN II.iv.13-16, S. 356 ff., beschrieben (zu Frankreich: WN II.iv.16). In England war die staatliche Höchstzinsfestsetzung (1545 bzw. 1571: 10 %, 1623: 8 %, 1654 bzw. 1660: 6 %, 1713: 5 %) weitgehend wirksam, insbesondere im 18. Jahrhundert, da jeweils marktnah festgelegt. Interessanterweise wird eine solche marktnahe Zinsobergrenze als eine der wenigen von ihm gebilligten staatlichen Zwangseingriffe von Adam SMITH ausdrücklich gutgeheißen (WN II.iv.14,15).

<sup>17</sup>Die Wichtigkeit niedriger Zinssätze wird in der englischen ökonomischen Literatur des 17. Jahrhunderts dauernd betont, so von MUN (loc.cit. in FN 15) und in zahlreichen Schriften in der 2. Hälfte des Jahrhunderts von Sir Josiah CHILD, bei beiden mit Hinweis auf das diesbezüglich vorbildliche Holland: Siehe Sir Josiah CHILD, Selected Works 1668-1697, Farnborough 1968.

<sup>18</sup>Die Notenbank hat stets nur einen Teil des Zinsspektrums, zumal die kurzfristigen Zinsen, im Griff. Ihre längerfristige Schwäche, also bei einer über wenige Monate hinausreichenden Perspektive, liegt einerseits darin, daß sie mit ihrer Geldmengen- und Zinspolitik gleichzeitig Inflationserwartungen verändert, die sich ihrerseits wieder in den Zinssätzen niederschlagen. So ist es wahrscheinlich, daß die Deutsche Bundesbank durch ihre hohen kurzfristigen Zinssätze die langfristigen sogar senkte, da ihre restriktive Politik dazu führte, daß weniger Inflation erwartet wurde. Andererseits ist die Notenbank bezüglich der realen Zinssätze so gut wie machtlos, da diese von Sparen und Investieren, letzteres wieder bedingt durch die Wachstumsgeschwindigkeit und den technischen Fortschritt abhängen. Eine Notenbank wie die Oesterreichische Nationalbank, die in Wechselkursverbund mit einer größeren Währung bei freiem Kapitalverkehr lebt, ist natürlich bezüglich des Zinssatzes überhaupt fast völlig machtlos.

<sup>19</sup>Siehe APPLEBY 1978, loc.cit. in FN 5, S. 41, S. 49-51.

<sup>20</sup>Siehe FN 15.

<sup>21</sup>Mit Recht betont APPLEBY 1978, loc.cit. in FN 5, S. 41: "Mun created a paradigm". Seit Thomas KUHN bedeutet in der Wissenschaftstheorie ein (neues) Paradigma einer Wissenschaft ein neues Weltbild desselben und gleichzeitig ein wissenschaftliches Analysemuster: Thomas KUHN, The Structure of Scientific Revolutions, International Encyclopedia of Unified Science, Vol. 2, Nr. 2, Chicago, Ill. und London 1962, 2. Aufl. 1970, Chicago University Press. Siehe weiters Erich STREISSLER, "Die Wurzeln der 'Österreichischen Schule' der Nationalökonomie in der deutschen Wirtschaftswissenschaft des 19. Jahrhunderts", Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist.Klasse, 126. Jahrgang 1989, Wien 1990, S. 169 ff., hier S. 174 f.

<sup>22</sup>Ich datiere die Hochblüte des englischen wissenschaftlichen Merkantilismus von MUN bis STEUART (siehe FN 25). Der Ausdruck ("the mercantile system") stammt von Adam SMITH, siehe etwa WN IV.i., Überschrift, IV.viii.49, V.ii.k.23 f.

<sup>23</sup>Man beachte, daß Exportsubventionen, die Gründung von Manufakturen und der Ausbau der Infrastruktur durch den Staat (Straßen, Häfen, Kanäle etc.), prototypische merkantilistische Maßnahmen also, reine Privatwirtschaftsverwaltung ohne hoheitlichen Zwang darstellen, die gerade wegen ihres privatrechtlichen Charakters in England ab dem 18. Jahrhundert vielfach von der Hocharistokratie vorgenommen wurde. (Siehe z.B. J.V. BECKETT, The Aristocracy in England 1660-1914, Oxford 1986, Blackwell, insbes. Kap. 7 und 8).

<sup>24</sup>MUN 1664, loc.cit. in FN 13, Kap.IX (S. 33): "in a Dilemma, and fruitless" ist ein Zwangskurs für ausländische Münzen; Kap. X (S. 36): "not onely fruitless but hurtful" sind Ausfuhrverbote für Bargeld; Kap.XII (S. 42): "not only fruitless but also hurtful" ist eine Devisenabwertung (genauer eine Unterbewertung von Auslandswechseln auf Inlandswährung); Kap. XXI (S. 87): "not only fruitless but also hurtful" sind alle Versuche, die Marktgesetze im Außenhandel durch staatliche Zwangseingriffe außer Kraft zu setzen, denn diese "must come to pass by a Necessity beyond all resistance". Es gilt nach MUN: "restrictions do hinder the increase of our treasure" (= materieller Wohlstand. Kap. XI, S. 37). Der außerordentlich liberale Grundton von MUN zeigt, daß die staatsinterventionistische Interpretation, zumindestens des englischen Merkantilismus, recht problematisch ist.

<sup>25</sup>Siehe James STEUART, An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy: Being an Essay on the Science of Domestic Policy in Free Nations, London 1767, T. Cadell, in: The Works, Political, Metaphysical, and Chronological of the Late Sir James Steuart of Coltness, Bart., London 1805, Nachdruck New York 1967, Augustus Kelley. (Man beachte, daß in diesem Titel erstmals der englische Standardbegriff "political economy" auftritt).

<sup>26</sup>STEUART 1767, loc.cit. in FN 25, II.x. S. 292, 293; Kapitel II.xv. heißt "A General View of the Principles to be attended to by the Statesman ..." (S. 346); II.xvi., S. 365: "the statesman should be constantly on his guard to prevent the subversion of the balance"; II.xviii., S. 386: "here the interposition of a statesman is absolutely necessary" etc. Der Ausdruck wird Dutzende Male verwendet.

<sup>27</sup>STEUART 1767, loc.cit. in FN 25, führt Buch II, Kap.x (S. 289) das Symbol der Waage für die Marktkräfte ein. Das Kapitel heißt "Of the Balance of Work and Demand", wobei "work" das Angebot ist. "The balance gently vibrates under the influence of double competition. This is the

representation of a perfect balance" (S. 290). S. 297 spricht STEUART dann im selben Kapitel von "equilibrium". In Buch II, Kap. XV. S. 356, spricht er von "equal balance", an anderer Stelle (II.x., S. 291) von "even balance". (STEUART verwendet in dieser Diskussion auch erstmals den in der ökonomischen Wissenschaft so geläufigen Ausdruck "caeteris (sic!) paribus".)

<sup>28</sup>STEUART 1767, loc.cit. in FN 25, Buch II, Kap.x., S. 294 (kursiv gedruckt): "Here is the criterion of a perfect balance: A positive moderate profit must balance a positive moderate profit; the balance must vibrate, and no loss must be found on either side". Daher muß der "statesman" sich insbesondere um einen nachfragegerechten Berufszugang kümmern!

<sup>29</sup>Zahlreiche Beispiele von kaum oder gar nicht erfüllbaren Forderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik finden sich in den Sozialenzykliken der 1960er bis 1980er Jahre. Siehe Erich W. STREISSLER, "Hundert Jahre Sozialenzykliken - Eine wirtschaftswissenschaftliche Analyse"; in: Herbert SCHAMBECK und Rudolf WEILER (Hrsg.), Der Mensch ist der Weg der Kirche, Festschrift für Johannes SCHASCHING, Berlin 1992, Duncker und Humblot, S. 22 ff., insbes. S. 83 f., S. 99 ff.

<sup>30</sup>Insbesondere, freilich nur implizit, in Friedrich A. von HAYEK, "The Use of Knowledge in Society", *American Economic Review* XXX (1945), S. 519 ff.

<sup>31</sup>Friedrich A. von HAYEK, The Road to Serfdom, London 1944, Routledge, Paperback Ausgabe 1962, S. 31, sagt: "It is of the utmost importance to the argument of this book for the reader to keep in mind that the planning against which all our criticism is directed is solely the planning against competition - the planning which is to be substituted for competition. This is the more important as we cannot, within the scope of this book, enter into the discussion of the very necessary (!) planning which is required to make competition as effective and beneficial as possible". Infolge der Komplexität wirtschaftlicher Interaktionen, die gerade HAYEK betont (siehe FN 69), ist die Unterscheidung der beiden Arten von Politik (oder "Planung") nicht aufrecht zu erhalten; und bei externen Effekten, insbesondere im Umweltbereich, reichen "allgemeine Regeln" (also ein gesetzlicher Rahmen), die HAYEK immer wieder fordert, keineswegs allein aus, sondern es bedarf auch der administrativen staatlichen Zwangsmaßnahmen.

<sup>32</sup>David HUME, The History of Great Britain, Volume One, Containing the Reigns of James I and Charles I, London 1754, Ausgabe: Pelican, Duncan FORBES (Hrsg.), Harmondsworth 1970. HUME betont in Kap. VI (S. 226): "Upon the whole, we must conceive that monarchy, on the accession of the house of Stuart, was possessed of a very extensive authority. An authority, in the judgement of all, not exactly limited, in the judgement of some, not limitable". Revolutionär war das Parlament, das die bislang weitgehend absolute englische Monarchie zu begrenzen versuchte. "About this period, the minds, of men, thro'out all Europe, but especially in England, seem to have undergone a general, but insensible revolution" (Kap. I, S. 82). Siehe auch CLARK 1985, loc.cit. in FN 5, S. 51-53.

<sup>33</sup>Daß tatsächlich die Vorstellung des "divine right of kings" auch im englischen 18. Jahrhundert noch keineswegs tot war, betont CLARK 1985 (loc.cit. in FN 5), insbes. Kap. 3. Wie unumstritten selbst in der Verfassungskrise des englischen Bürgerkrieges im 17. Jh. die Fundierung der Königsgewalt in göttlichem Recht war, weil eben für die damalige Zeit alle Gewalt letztlich göttlichen Ursprunges war, betont Conrad RUSSELL, The Causes of the English Civil War, Oxford 1990, Clarendon Press, S. 145-150.

<sup>34</sup>J.E.E. DALBERG-ACTON, Lord ACTON, The History of Freedom and Other Essays, London 1907, II: The History of Freedom in Christianity, S. 54, sagt von der "glorreichen" Revolution von 1688: "For the divine right of kings it established, in the words of Defoe, the divine right of freeholders".

<sup>35</sup>Siehe Erich W. STREISSLER, "Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus"; in: Macht und ökonomisches Gesetz, 2. Halbband, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 74/II, Berlin 1973, Duncker und Humblot, S. 1391 ff.

<sup>36</sup>John LOCKE, The Second Treatise of Government, London 1690, Ausgabe New York 1952, Liberal Arts Press, Thomas P. PEARDON (Hrsg.). Die Beschränkung der Staatsgewalt ist für LOCKE zentral. Er sagt Nr. 23 (S. 15): "This freedom from absolute (!), arbitrary (!) power is so necessary to ... a man's preservation that he cannot part with it."

<sup>37</sup>PEARDON, der Herausgeber von LOCKE, zitiert in FN 36, betont S.xiii f.: "Locke was modifying the dominant trend of previous natural law ... most strikingly when he made property a natural right preceding civil society and not created by it ... he cannot be deprived of it by government which it precedes."

<sup>38</sup>"Their lives, liberties, and estates, which I call by the general name 'property'": LOCKE 1690, loc.cit. in FN 36, Nr. 123 (S. 71). "Property - that is his life, liberty, and estate", Nr. 87 (S. 48). "No one ought to harm another in his life, health, liberty, or possessions" und "the preservation of the life, the liberty, health, limb, or goods of another", beides Nr. 6 (S. 5, 6). Man vergleiche die stark durch LOCKE beeinflusste Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika: "life, liberty, and the pursuit of happiness".

<sup>39</sup>LOCKE 1690, loc.cit in FN 36: "Every man has property in his own person; this nobody has any right to but himself"; Nr. 27 (S. 17). Zu der Konsequenz, die Adam SMITH daraus zog, siehe Zitat zu FN 40.

<sup>40</sup>WN I.x.c.12, S. 138, meine Hervorhebung.

<sup>41</sup>HAYEK betonte immer wieder die fundamentalen Unterschiede des englischen Liberalismus von der viel konstruktivistischeren kontinentalen liberalen Tradition, insbesondere bei VOLTAIRE und ROUSSEAU. Siehe z.B. Friedrich August von HAYEK, "Liberalism", in: ders., New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas, London 1978, Routledge, S. 119 ff.

<sup>42</sup>Das ist die zentrale These von APPLEBY 1978, loc.cit. in FN 5, insbes. S. 21-23, z.B. S. 22 f.: "The imaginative reconstruction of economic relations ... created new truths ... As men studied the market, they in turn were changed by their studies. The order they discerned became an object and was given a power in the minds of its creators and their contemporaries".

<sup>43</sup>SMITH 1776, WN II.ii.94, S. 324, sagt: "Those exertions of the natural liberty of a few individuals, which might endanger the security of the whole society, are and ought to be restrained by the laws of all governments; of the most free, as well as the most despotal". Weiters betont er für seinen freiheitlichen Idealzustand in WN IV.ix.51, S. 687 (meine Hervorhebung): "Every man, as long as he does not violate the laws of justice, is left perfectly free to pursue his own interest in his own way".

<sup>44</sup>LOCKE 1690, loc.cit. in FN 36, sagt schon für den von ihm postulierten, vorstaatlichen Naturzustand ("the state of nature"): "A state of liberty ... is not a state of license. The state of nature has a law of nature to govern it", zu welchem nach ihm die zwischenmenschliche Beistandspflicht gehört (Nr. 6, S. 5 f.).

<sup>45</sup>Gary S. BECKER, geboren 1930, Universität Chicago, Nobel Memorial Preis 1992.

<sup>46</sup>Gary S. BECKER, "Crime and Punishment: An Economic Approach", *Journal of Political Economy* 74 (1966), S. 169-217.

<sup>47</sup>Gary S. BECKER, "A Theory of Marriage: Part I", *Journal of Political Economy* 81 (1973), S. 813-846; ders., "A Theory of Marriage: Part II", *Journal of Political Economy* 82 (1974), S. 511-53.

<sup>48</sup>Gary S. BECKER, "An Economic Analysis of Fertility"; in: ders., The Economic Approach to Human Behavior, Chicago etc. 1976, Chicago University Press, S. 171-194; Theodore W. SCHULTZ; "The Value of Children: An Economic Perspective", *Journal of Political Economy* 81 (1973), S.S. 2-13; Robert J. WILLIS, "A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior", *Journal of Political Economy* 81 (1973), S.S. 14-64. (SCHULTZ ist Nobelpreisträger des Jahres 1979).

<sup>49</sup>Ray C. FAIR, "A Theory of Extramarital Affairs", *Journal of Political Economy* 86 (1978), S. 45-61. Siehe auch: Daniel S. HAMMERMESH and Neal M.SOSS, "An Economic Theory of Suicide", *Journal of Political Economy* 82 (1974), S. 83-98.

<sup>50</sup>Dennis J. SNOWER, "Macroeconomic Policy and the Optimal Destruction of Vampires", *Journal of Political Economy* 90 (1982), S. 647-655. Der - reichlich mit Differentialgleichungen ausgestattete - Artikel ist natürlich eine Persiflage.

<sup>51</sup>Alan S. BLINDER, "The Economics of Brushing Teeth", *Journal of Political Economy* 82 (1974), S. 887-891. Der Artikel ist eine durchsichtige Persiflage der BECKER-Schule von einem Gegner in der berühmten Zeitschrift von Chicago.

<sup>52</sup>Nach François Marie AROUET (VOLTAIRE), Candide, 1758, widmet sich Candide am Ende nur mehr der anscheinend unanstößig-harmlosen und weltabgewandten Beschäftigung der Kultivierung seines Gartens.

<sup>53</sup>Siehe hierzu u.a. Erich W. STREISSLER, "Das Problem der Internalisierung", 1993, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, im Druck.

<sup>54</sup>Hierzu STREISSLER 1993, loc.cit. in FN 53, Abschnitt V; Stephan PANTHER, Haftung als Instrument einer präventiven Umweltpolitik, Frankfurt, New York 1992, Campus.

<sup>55</sup>Die Bedeutung der noch viel zu wenig beachteten Kontroll- und Transaktionskosten von Maßnahmen der Umweltpolitik betone ich in STREISSLER 1993, loc.cit. in FN 53.

<sup>56</sup>Von extremer liberaler Seite hört man tatsächlich den Einwand, wenn es zu Marktversagen infolge der Sozialversicherung (im weiteren Sinne) komme, z.B. nichtmarkträumende Lohnuntergrenzen infolge der Arbeitslosenunterstützung, so müsse man eben die Sozial-

versicherung abschaffen!

<sup>57</sup>Schon Martin FELDSTEIN, "Hospital Cost Inflation: A Study of Nonprofit Price Dynamics", *American Economic Review* 61 (1971), S. 853 ff. und ders., "The Welfare Loss of Excess Health Insurance", *Journal of Political Economy* 81 (1973), S. 251 ff. betonte, daß Marktversagen in der Krankenversicherung gerade auch bei Privatversicherung auftrete. Der nutzenerhöhende und damit wohlfahrtssteigernde Versicherungsvertrag bewirkt als solcher auch einen marktstörenden externen Effekt, weil ein Vollversicherter weder an Schadensvermeidung noch an einem niedrigen Preis der Schadensbehebung interessiert ist.

<sup>58</sup>Die Kontrollkosten der Wirtschaftspolitik zu betonen, setzt eine Argumentationslinie von HAYEK zur Problematik so mancher Wirtschaftspolitik fort: Siehe Erich W. STREISSLER, "Hayek on Information and Socialism", *Wirtschaftspolitische Blätter* 39 (1992), S. 258 ff., insbes. S. 275, 276.

<sup>59</sup>Bei einem Importvolumen um die 40 % des Sozialproduktes und einem Zahlungsziel von (mindestens) 3 Monaten löst die in Abwertungsangst begründete Vorverlegung der Zahlungen aller Importeure an den Beginn eines dreimonatigen Zahlungsziels (statt der üblichen Zahlungen am Ende der Periode) einen "Kapitalabfluß" im gigantischen Ausmaß von 10 % des Sozialproduktes aus!

<sup>60</sup>Zu den sehr unterschiedlichen Schätzungen der ökonomischen Auswirkungen eines allfälligen Treibhauseffekts siehe etwa William R. CLINE, "Scientific Basis for the Greenhouse Effect", *Economic Journal* 101 (1991), S. 904 ff. und William D. NORDHAUS, "To Slow or Not to Slow: the Economics of the Greenhouse Effect", *Economic Journal* 101 (1991), S. 920 ff.

<sup>61</sup>SMITH 1776, WN IV.ii.10 (S. 456, loc.cit. in FN 16).

<sup>62</sup>Adam SMITH's Technik war es, wie er ausdrücklich Sir William PULTENEY schrieb, STEUART in allem zu widerlegen, ohne ihn je zu erwähnen (um ihn so der Vergessenheit anheimfallen zu lassen): Siehe John RAE, Life of Adam Smith, London 1895, Nachdruck mit einem Vorwort von Jacob VINER, New York 1965, Kelley, S. 253 f. Der - stets negative - Hinweis auf den "statesman" war für den eingeweihten Leser seiner Zeit klar.

<sup>63</sup>Siehe FN 25.

<sup>64</sup>SMITH 1776, WN IV.ix.51 (S. 687, loc.cit. in FN 16).

<sup>65</sup>SMITH 1776, WN IV.ii.10 (S. 456, loc.cit. in FN 16).

<sup>66</sup>Friedrich von CÖLLN, Die neue Staatsweisheit, Berlin 1812, 2. Aufl. 1816, S. 2; zitiert nach Richard SCHÜLLER, Die Wirtschaftspolitik der Historischen Schule, Berlin 1899, Heymanns, S. 62.

<sup>67</sup>Insbesondere geht eine entstellende Darstellung des Eigennutzgedankens bei SMITH auf Johann Gottlieb FICHTE zurück.

<sup>68</sup>Siehe ausführlicher STREISSLER 1992, loc.cit. in FN 56.

<sup>69</sup>Friedrich A. von HAYEK, "The Theory of Complex Phenomena"; in Mario BUNGE (Hrsg.), The Critical Approach to Science and Philosophy. In Honor of Karl R. POPPER, Glencoe, Ill. 1964, Free Press, S. 332 ff.

<sup>70</sup>HAYEK 1945, loc.cit. in FN 30.

<sup>71</sup>HAYEK 1945, ibid. S. 521 f.

<sup>72</sup>Friedrich A. von HAYEK, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge, N.F. 56, Kiel 1968.

<sup>73</sup>HAYEK 1945, loc.cit. in FN 30, S. 526.

<sup>74</sup>Siehe insbes. Robert WILSON, "A Bidding Model of Perfect Competition", *Review of Economic Studies* 44 (1977), S. 511; zusammenfassend R. Preston McAFEE und John McMILLAN, "Auctions and Bidding", *Journal of Economic Literature* XXV (1987), S. 699 ff; hier S. 699 f., S. 721 f.

<sup>75</sup>Die allgemeinen Anreiz- und Informationsschwierigkeiten des Tausches zeigen Roger B. MYERSON und Mark A. SATTERTHWAITTE, "Efficient Mechanisms for Bilateral Trading", *Journal of Economic Theory* 29 (1983), S. 265 ff.

<sup>76</sup>Rafael ROB, "Pollution Claim Settlements and Private Information", *Journal of Economic Theory* 47 (1987), S. 307 ff.

<sup>77</sup>Siehe STREISLER 1993, loc.cit. in FN 53.

<sup>78</sup>Dies betonte insbesondere Hans-Werner SINN, "Die Bedeutung des Accelerated Cost Recovery System für den internationalen Kapitalverkehr", *Kyklos* 37 (1984), S. 542 ff.

<sup>79</sup>Siehe etwa Stephan SCHULMEISTER, "Spekulationstechniken im Devisenhandel und Dollarkurschwankungen", *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung* 62 (1989/3), S. 145 ff.

<sup>80</sup>Friedrich A. von HAYEK, "The Results of Human Action but not of Human Design"; in: ders., Studies in Philosophy, Politics and Economics, London 1967, Routledge, S. 96 ff.

<sup>81</sup>Nach MUN, siehe FN 15 und 24.

<sup>82</sup>Siehe insbesondere sein letztes Buch, Friedrich A. von HAYEK, The Fatal Conceit - The Errors of Socialism, W.W. BARTLEY III (Hrsg.), *The Collected Works of Friedrich August Hayek*, I. Bd., London, New York 1988, Routledge.

<sup>83</sup>Etwa: HAYEK 1988, loc.cit. in FN 82, S. 21-28. HAYEK betont freilich, daß seine Überlegungen "not Darwinian" sind, in dem Sinne, daß DARWIN bereits sozialwissenschaftliche Evolutionsideen verwertete, diese also älter als DARWIN seien.



<sup>84</sup>HAYEK 1988, loc.cit. in FN 82, S. 24 und S. 146 betont "Darwin got the basic ideas of evolution from economics" und weist auf zahlreiche diesbezügliche neuere Studien sowie auf DARWINs eigene Bemerkungen in seinen Notizbüchern (insbesondere für 1838) hin. Peter J. BOWLER, Charles Darwin - The Man and His Influence, Oxford 1990, Blackwell, zeigt S. 82-84 den Einfluß von MALTHUS auf DARWIN auf, hält aber den von Adam SMITH für stärker (S. 84, 104, 196). Interessanterweise meint er, daß der Gedanke der Arbeitsteilung bei Adam SMITH und nicht nur der des Eliminationswettbewerbes auf DARWIN wirkte.

<sup>85</sup>Siehe BOWLER 1990, loc.cit. in FN 84.

<sup>86</sup>1. Kor 1, 27.

<sup>87</sup>Zur Theorie effizienter Märkte siehe z.B. Eugene F. FAMA, "Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work", *Journal of Finance* 25 (1970), S. 383-417; "Efficient Market Hypothesis", The New Palgrave Dictionary of Economics, Vol. 2, London und Basingstoke 1987, Macmillan, Burton G. MALKIEL, S. 120-123.

<sup>88</sup>Zur vollkommenen Konkurrenz siehe Walter Adolf JÖHR., "Das Modell der vollkommenen Konkurrenz. Seine Stellung und seine Funktion in der Nationalökonomie"; in Konkurrenz und Planwirtschaft, Studiengruppe für theoretische Nationalökonomie (Hrsg.), Bern 1946, Francke, S. 17 ff.

<sup>89</sup>Siehe z.B. Walter Adolf JÖHR, Konjunktur (II); in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., Stuttgart etc. 1959, Fischer etc., S. 114-132, hier S. 130. JÖHR vermeidet den expliziten Ausdruck "marktkonform" und spricht immer nur von einem "konformen" Charakter zur Erhaltung des marktwirtschaftlichen Systems.

<sup>90</sup>Siehe FN 31.

<sup>91</sup>STREISSLER 1993, loc.cit. in FN 53.

<sup>92</sup>Siehe insbesondere Robert E. LUCAS Jr., "Econometric Policy Evaluation: A Critique", *Journal of Monetary Economics*, Suppl. Ser. 1976, 1, S. 19 ff.; sowie Finn E. KYDLAND und Edward C. PRESCOTT, "Rules Rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans", *Journal of Political Economy* 85 (1977), S. 473 ff.

<sup>93</sup>JÖHR definiert Sozialismus als "Gegenstück zur freien Marktwirtschaft" durch eine doppelte Eigenschaft: Erstens "die sachlichen Produktionsmittel (befinden sich) in Kollektiveigentum"; und zweitens: "die Tätigkeit der gesamten Volkswirtschaft (wird) von einer Zentralstelle geleitet". Siehe JÖHR 1948, loc.cit. in FN 1, S. 14.

<sup>94</sup>Daher ist Sozialismus am ehesten in der Konsum- und Produktionsstruktur von sehr einfachen (primitiven) Wirtschaften oder bei der vereinfachten Zielsetzung einer Kriegswirtschaft möglich.

<sup>95</sup>Siehe STREISSLER 1993, loc.cit. in FN 53.

<sup>96</sup>Siehe hierzu Erich W. STREISSLER, "Investment Stimulation and the Hierarchy of Individual Plans"; in: Convertibility, Multilateralism and Freedom, Essays in Honour of Reinhard KAMITZ, Wolfgang SCHMITZ (Hrsg.), Wien-New York 1972, Springer, S. 49-65.

<sup>97</sup>Daß bei Unsicherheit über die Wirkungen eine größere Zahl wirtschaftspolitischer Instrumente eingesetzt werden sollte, als die Zahl der Ziele beträgt, betont Stephen J. TURNOVSKY, Macroeconomic Analysis and Stabilization Policy, London 1977.

<sup>98</sup>Siehe Hans Christoph BINSWANGER, "Goethe als Ökonom - Chancen und Gefahren der modernen Wirtschaft im Spiegel von Goethes Dichtung", Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XI, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 115/XI, S. 109 ff. Zu Goethe und Smith siehe S. 125 sowie die folgenden Seiten.

<sup>99</sup>Johann Wolfgang von GOETHE, Faust II, 5.Akt, Verse 11954-57.